Einzelnummer 10 Pfennig

Spandauer Zeitung

Bezugspreis: Wöchentlich 90 Pfennige einschließlich 4 Goldpfennige Trägerlohn. Beim Bezuge durch die Postanstalten für den Monat 1,70 Goldmark einschließlich Postgeb. — Im Falle von Betriebsstörung, Streik, Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Rückerstattung des Bezugspreises. Druck und Verlag: Stolpmann & Co., Spandau. — Verantwortlicher Schriftleiter für den Gesamtinhalt einschließlich der Anzeigen: Hans Roßmann, Spandau.

General-Anzeiger für Spandau und Umgegend

Amtliches Organ

mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für städtische und königliche Behörden

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und gesetzlichen Feiertage. Geschäftsstelle: Spandau, Pfennigfuchs Straße 20. Fernruf: Spandau 1206, 1207, 1208

Anzeigenpreise: Die 19 mm breite Millimeterzeile 20 Goldpfennige; für Spandau 18 Goldpfennige; Familienanzeigen 10 Goldpfennige, im amtlichen Teil 1 Goldmark. Reklamezeile beträgt 40 Goldmark. Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen oder Stellen. — Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 1707. Bank: A. G. in L. D., Spandau; Landwirtschafts- und Handelsbank, Amt. Spandau. — Telegr.-Adr.: Spandau.

Nummer 48. Donnerstag, den 26. Februar 1925. 32. Jahrgang.

Amerikas Politik.

Von Professor Dr. Bergsträßer, M. d. R.

Wenn man in politischem Zusammenhang das Wort Amerika gebraucht, so meint man die Vereinigten Staaten, denn sie sind innerhalb ihres Kontinents und auch darüber hinaus der einzige beträchtliche Faktor. Ganz Südamerika hat nur wirtschaftliche Bedeutung, Kanada zählt machtpolitisch kaum mit, und Mexiko ist schon deswegen schwach, weil es innerpolitisch nie zur Ruhe kommt. Man muß sich diese Verhältnisse vergegenwärtigen, wenn man die Politik der Vereinigten Staaten richtig verstehen will. Lange Jahrzehnte hindurch galt in der Union das Dogma, daß es eigentlich keine auswärtige Politik gebe und die darauf gegründete Formel, daß die Vereinigten Staaten sich in nicht amerikanische Händel nicht einmischten, andererseits jede europäische Macht, die auf ihrem Kontinent Fuß zu fassen versuche, als Feind betrachteten. Da man keine Nachbarn hatte, konnte man sich diesen Luxus politischer Enthaltsamkeit leisten.

Jetzt allerdings liegen die Dinge anders. England und Japan kamen für die Vereinigten Staaten seit dem Augenblick als politische Faktoren in Betracht, wo das unermeßliche Land sich mehr und mehr mit Menschen füllte, und infolgedessen seine Industrie auf auswärtige Märkte drängte. In der ostasiatischen Frage wurde Amerika aktiv und sie ist heute noch eigentlich der Mittelpunkt seiner politischen Bestrebungen. Das zeigt sich deutlich in dem Gang, den die Besprechungen über die neuerdings geplante Abrüstungskonferenz nehmen. Wiederum hält Amerika daran fest, die ganze Frage der Landheere nicht zu behandeln. Sie ist in erster Linie eine europäische Angelegenheit. Dagegen will man die vor Jahren in Washington getroffenen Abmachungen über die Seerüstung vervollständigen. Nachdem man früher die Zahl der Großkampfschiffe der hauptsächlichen Länder — Amerika, England, Japan und Frankreich — in ein festes Schlüsselverhältnis brachte, soll nun Gleiches mit den kleineren Einheiten geschehen. Das richtet sich, von Washington aus gesehen, direkt gegen Japan, und jetzt schon wird die Absicht in Tokio nicht gerade freundlich aufgenommen. Man weist dort darauf hin, daß das Inselreich Torpedoboote und Unterseeboote zum Schutz seiner vielen Küsten in größerer Zahl bedürfe und ist deshalb gegen die amerikanischen Vorschläge von vornherein verstimmt. Trotzdem wird Japan unter dem vereinigten Druck von England und Amerika wahrscheinlich gute Miene zum bösen Spiel machen.

Für England ist die japanische Seemacht nicht die Hauptsache, sondern die französische. Es fühlt sich schon längst durch die maritimen Rüstungen seines Nachbarn beunruhigt, umsomehr, als sie durch eine überlegene Luftflotte wirksam ergänzt werden. Auf diesem Umwege wirkt sich die amerikanische Politik denn doch auf dem Kontinent aus. Und zwar umsomehr, als die öffentliche Meinung des Dollarlandes an sich schon dem französischen Militarismus nicht besonders grün ist. Man sagt drüben, die Franzosen sollten doch nicht einen so großen Teil ihrer Staatseinnahmen in die Rüstungen stecken, sondern daran denken, wie sie ihre Schulden bezahlten. Es ist dem amerikanischen Bürger nicht beizubringen, daß er auf diese Zahlungen verzichten und das entstehende Loch selbst mit Steuern stopfen soll. Da verfängt auch der Hinweis auf den ethischen Elan, den er im Kriege gezeigt hat, durchaus nicht. Geschäft bleibt Geschäft. Somit ist die geplante Abrüstungskonferenz auch für Frankreich keine reine Freude.

Kommt die amerikanische Politik so schon nicht daran vorbei, sich mit den europäischen Verhältnissen zu befassen, so gibt es auch noch andere sehr reale Gründe, aus denen Amerika in die Angelegenheiten der alten Welt verstrickt ist. In der Zeit nach dem Kriege, vor allem im Laufe des letzten Jahres, ist so viel amerikanisches Geld in Europa angelegt worden, daß der amerikanische Kapitalist an der Ruhe in Europa notwendig interessiert ist; denn von ihr hängt die Sicherheit seiner Leihgelder ab. Dazu kommt, daß auch die Ausfuhr amerikanischer Rohstoffe nach Europa nur dann steigen kann, wenn auf diesem Absatzmarkt Verdienst und Kapitalbildung wachsen. Auf diesem Umwege wird bei führenden amerikanischen Politikern das alte Dogma von der Nichteinmischung in die europäische Politik allgemach erschüttert. Die Haltung der Vereinigten Staaten bei der Londoner Konferenz ist dafür bezeichnend. In derselben Linie liegt es, daß der Präsident Coolidge nunmehr den bisherigen Botschafter in England, Kellogg, zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes gemacht hat. Und es ist in diesem Zusammenhang nicht ohne Bedeutung, daß der einflußreiche Vorsitzende der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten, Senator Borah, von der Bedeutung der europäischen Fragen für sein Land fest überzeugt ist. Er wird seine Auffassung dadurch bekunden, daß er im Sommer Europa besucht, um die Lage an Ort und Stelle in den einzelnen Ländern zu studieren.

Die ernsthaften Politiker in Amerika wissen, daß Deutschland trotz seiner augenblicklichen politischen Schwäche für Europa entscheidende Bedeutung hat. Schon aus wirtschaftlichen Gründen; aber ebenso in politischer Hinsicht. Wenn der Präsident den bisherigen Botschafter in Berlin, Houghton, der in den langen Jahren seiner Tätigkeit Deutschland genau kennen lernte, nun gerade nach London versetzt hat, so dürfte das den Schluß erlauben, daß die amerikanische Regierung eine Konsolidierung Europas nur für möglich hält, wenn Deutschland in sie einbegriffen ist, und daß sie in einer Zusammenarbeit mit den englischen Staatsmännern diesem Ziele glaubt näherkommen zu können.

Eberts Zustand ernst.

Berlin, 26. Februar, 10 Uhr vormittags. (W. T. B.)

Die behandelnden Ärzte geben über die Erkrankung des Reichspräsidenten folgenden Bericht:

Der Reichspräsident erkrankte am Mittag des 23. Februar ganz plötzlich an einer schweren Blinddarmentzündung, die des Nachts eine Operation notwendig machte. Trotz der bald nach der Erkrankung vorgenommenen Operation war der Wurmfortsatz des Blinddarms brandig und in die Bauchhöhle durchgebrochen, so daß eine allgemeine Bauchfellentzündung vorlag. Der Verlauf war bis gestern abend zufriedenstellend. Wie gewöhnlich am dritten Tage nach der Erkrankung, setzte heute nacht eine Verschlimmerung der Bauchfellentzündung ein, so daß der Reichspräsident eine unruhige Nacht verbrachte. Heute morgen ist das Befinden besser, doch ist der Zustand ernst.

Oeffnet die Akten!

Unter der Ueberschrift „Oeffnet die Akten" schreibt die „Zeit", das Organ des Reichsaußenministers, die „Chicago Daily News" veröffentlicht eine Reihe von Angaben, die angeblich dem Bericht der Militärkommission entstammen. Der Fall der amerikanischen Zeitung ist nicht der einzige. Er scheint allerdings deshalb von besonderer Bedeutung zu sein, weil es sich hier um eine Kampagne handelt, die in den Vereinigten Staaten von Amerika die Stimmung gegenüber Deutschland beeinflussen soll. Deutschland [illegible] Verdächtigungen [illegible] wird immer mehr eine dringende Notwendigkeit, daß der Kontrollbericht veröffentlicht wird.

Keine Veröffentlichung des Kontrollberichts?

London, 26. Februar. Im Unterhaus richtete Thomson an den Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten die Frage, ob er bereit sei, mitzuteilen, was der Grund für die Verzögerung der Veröffentlichung des Berichtes der Interalliierten Militärkontrollkommission sei. Chamberlain antwortete, die Frage beruhe auf einem Mißverständnis. (?) In Wirklichkeit läge keinerlei Verzögerung hinsichtlich des Berichtes vor, der sehr umfangreich sei, und der bei dem interalliierten Militärkomitee in Versailles, an das er gerichtet sei, erst am 18. Februar eingegangen sei. Dieses Komitee habe die Pflicht, den Bericht zu prüfen und seine Bemerkungen der Botschafterkonferenz zu übermitteln, die an die alliierten Regierungen berichten werde. Die Frage der Veröffentlichung müsse von den Alliierten in Verhandlungen entschieden werden. Ich wünsche, meinte Chamberlain, jetzt keine Ansicht zu äußern, und nur zu sagen, daß ich erkennen kann, daß das Ziel der Alliierten darin bestehen muß, eine Erfüllung derjenigen Bestimmungen des Versailler Vertrages zu erlangen, von denen dieser Vertrag ausdrücklich die Ermäßigung der Besetzungszeit der Kölner Zone abhängig macht. Wenn dem so ist, so würde es scheinen, daß eine geeignete oder überhaupt irgendwelche Veröffentlichung davon abhängig sein muß, ob die Veröffentlichung der Erfüllung der Wünsche der Alliierten und ihren direkten Forderungen und daher auch der Räumung der Kölner Zone eine Erleichterung gewähren würde. — Wedgwood Benn fragte darauf, ob es im Hinblick darauf, daß zu wiederholten Malen öffentlich erklärt worden sei, daß Deutschland seine vertraglichen Verpflichtungen nicht erfüllt habe, nicht wünschenswert sei, daß die Einzelheiten der Vorwürfe veröffentlicht würden. Chamberlain antwortete, er habe eine sorgfältig erwogene Erklärung abgegeben und halte es im gegenwärtigen Augenblick nicht für geeignet, auf die Angelegenheit zurückzukommen.

Eine Rede Herriots.

Paris, 26. Februar.

Bei einem Frühstück der Vereinigung der englisch-amerikanischen Presse in Paris sagte Ministerpräsident Herriot unter anderem, er sei überzeugt, daß er seinen Verpflichtungen gegenüber der Demokratie nachgekommen sei. Das Londoner Abkommen habe die Friedenssache gestärkt. Er hoffe, daß das Genfer Protokoll eines Tages der gesamten Welt die ersehnte Ruhe bringen werde. Um Frankreich die Wiederkehr der Ereignisse von 1914 zu ersparen, werde er der Frage der Sicherheit und des Friedens dienen, andererseits aber auch nicht leugnen, daß Frankreich seine übernommenen Verpflichtungen erfüllen müsse.

Herriot schloß, Frankreich habe die Aufgabe, die Mißverständnisse unter den Nationen zu verhindern. Der Krieg sei beendet, aber die Nachwirkungen des Krieges seien es noch nicht. Um sie zu beseitigen, müsse die große Freundschaft, die die angelsächsische Demokratie und die französische Demokratie verbinde, aufrechterhalten werden.

Ministerpräsident Herriot hatte gestern abend eine längere Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord Crewe. Es wird angenommen, daß sie über den Bericht der Militärkontrollkommission und über die Möglichkeit einer Begegnung zwischen Herriot und Chamberlain gesprochen haben.

Die Sicherheitsfrage. — Loucheurs Pufferstaat.

London, 26. Febr.

„Daily Telegraph" berichtet aus Paris, der Gedanke einer interalliierten Konferenz, auf der die deutsche Abrüstungs- und Sicherheitsfrage erörtert werden soll, scheine in Regierungskreisen Boden zu gewinnen. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, der Gedanke eines englisch-französisch-belgischen Paktes ohne Deutschlands Beteiligung finde entschieden weniger Anhänger in ministeriellen Kreisen als der Gedanke eines regionalen Abkommens zwischen diesen Mächten und Deutschland. Letzterer Pakt würde, wie seine Verfechter sagen, sehr dem Geiste des Völkerbundes entsprechen und würde die Spaltung Europas in zwei rivalisierende Lager verhindern und zugleich bewirken, daß Deutschland nicht in die Arme Sowjet-Rußlands oder irgend einer asiatischen Kombination getrieben werde. In französischen Kreisen werde Loucheurs Gedanke einer autonomen neutralisierten westrheinischen Rheinlandsrepublik (!!) innerhalb des Reiches bei gleichzeitiger Lostrennung von Preußen (!!) und unter Aufsicht des Völkerbundes (!!) weiterhin viel erörtert als eine Art von Puffer zwischen Frankreich und Deutschland.

Senator Mac Cormick gestorben.

Funkspruch der „Sp. Ztg."

Washington, 25. Februar. (WTB.) Der Senator Medill Mac Cormick ist heute vormittag in seinem Zimmer im Hotel Hamilton tot aufgefunden worden. Als Todesursache wurden Magenblutungen festgestellt.

* * *

Mac Cormick ist nur 48 Jahre alt geworden. Er hatte an der Yale-Universität studiert und war mehrere Jahre lang Verleger der „Chicago Tribune", übergab sie jedoch seinem Bruder, um sich selbst der Politik zuzuwenden. Mac Cormick befaßte sich viel mit Außenpolitik und gehörte auch dem Senatsausschuß für Auswärtiges an. Er war ein Gegner der übertriebenen Reparationsforderungen an Deutschland, er hielt auch mit seiner Verurteilung der Ruhrbesetzung nicht zurück. Der plötzliche Tod des Senators Mac Cormick, der in den letzten Jahren mehrmals in Berlin geweilt hat, wird in Deutschland um so größeres Bedauern erwecken, als man seiner Ernennung zum Botschafter mit den zuversichtlichsten Erwartungen für die weitere Ausgestaltung der deutsch-amerikanischen Beziehungen entgegengesehen hatte.

Am Mittwoch Ministerpräsidentenwahl.

Der Aeltestenausschuß des Preußischen Landtages ist auf Montag, den 2. März, nachmittags 4 Uhr, einberufen worden. Eine Vollsitzung des Preußischen Landtages findet bekanntlich erst am 3. März statt. Am 4. März soll die Neuwahl des Preußischen Ministerpräsidenten erfolgen.

Herabsetzung des Wechseldiskonts.

Berlin, 26. Februar. Die Reichsbank hat den Wechseldiskont von 10 auf 9 Proz. und den Lombardzinsfuß von 12 auf 11 Proz. mit Wirkung vom heutigen Tage herabgesetzt.

Friedensburg nur Polizei-Vizepräsident.

Berlin, 26. Februar. (W. T. B.)

Gegenüber nicht ganz zutreffenden und mißverständlichen Pressemeldungen erfahren wir nunmehr, daß der Landrat Dr. Friedensburg zunächst kommissarisch auf den Posten des Vizepräsidenten des Berliner Polizeipräsidiums berufen worden ist, und sein Amt am Freitag antreten wird. Der bisherige Vizepräsident Moll ist für eine anderweitige Verwendung in leitender Stelle im Polizeidienst in Aussicht genommen. (Siehe auch den Artikel unter „Spandauer Nachrichten".)

Noch eine Paßfälschungswerkstatt.

Berlin, 26. Februar. (W.T.B.) Nachdem es der Polizei gelungen war, die Zentrale Paßfälschungswerkstatt der K. P. D. auszuheben, hat die Partei sich sofort bemüht, eine neue Werkstatt gleicher Art einzurichten. Nunmehr ist auch diese, die einen recht beträchtlichen Umfang anzunehmen versprach, der Polizei ebenfalls in die Hände gefallen. Sie war zum Teil noch im Ausbau begriffen und befand sich wie die erstere ebenfalls in Treptow. Auch sie enthält wieder in großen Mengen amtliche Formulare, ausgefüllte amtliche Urkunden und Kopfbriefbogen einer großen Reihe von Firmen. In dieser Angelegenheit sind mehrere Verhaftungen erfolgt.